

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, 9. November 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchhof 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Danne, Invalidentenk. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienens, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Bärck & Co. Hamburg Heinr. Elster, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 8. November.
Präsident v. Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Völkner, Bundespräsident von Dechend, von Rathhau-Gilly u. A.

Tagesordnung: Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Bankgesetzes.

Der Entwurf schlägt eine Abänderung des § 24 des Bankgesetzes dahin vor, daß die ordentliche Dividende der Anteilseigner von 4½ auf 3½ Prozent herabgesetzt werden soll, und ferner, daß der nach Abhebung des Reservefonds verbleibende Ueberschuß zur Hälfte an die Anteilseigner und zur Hälfte an die Reichskasse gezahlt werden soll, sofern die Gesamtdividende der Anteilseigner nicht sechs, bisher 8 Prozent, übersteigt.

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (kons.): Ich spreche im Namen eines Theiles meiner politischen Freunde. Nach § 41 des Bankgesetzes hat das Reich sich die Verstaatlichung der Reichsbank vorbehalten. Die Verstaatlichung soll nicht diese Verstaatlichung, sondern die Verstaatlichung des gegenwärtigen Bankgesetzes sein. Wir wünschen die Verstaatlichung aus zwei Gründen, aus volkswirtschaftlichen und finanziellen. Wirtschaftlich haben wir die Erfahrung gemacht, daß der Großhandel und das Großkapital sich mehr und mehr der Bank bemächtigen, da die Anzahl der Wechsel und Diskontos stetig abnehmen, dagegen die Summe der hierdurch repräsentierten Kapitalien stetig steigt. Der Entwurf bietet dem Reich finanziell keine hinreichende Einnahme. Die Verstaatlichung würde wenig Schwierigkeiten bereiten, die historischen berechtigten Interessen können bestehen bleiben, die gegen die Verstaatlichung bisher geltend gemachten Gründe sind unzutreffend. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen, in derselben werden wir dieselbe ablehnen, dagegen den Antrag stellen, die Verstaatlichung der Bank herbeizuführen.

Abg. Büling (nat.): Meine Freunde und ich werden der Vorlage der veränderten Regierung unsere Zustimmung geben. Die bisherige Organisation der Bank hat sich durchaus bewährt, sie hat sich vorwiegend in den Dienst des allgemeinen Interesses gestellt und wir haben deshalb keine Veranlassung, an der bisherigen Grundorganisation der Bank zu rütteln. Diesen Standpunkt vertritt auch die Vorlage. Ich nehme die Gelegenheit wahr, dem Diskontum und insbesondere dem Herrn Bankpräsidenten dafür zu danken, daß dieselben in allen Beziehungen den der Reichsbank gestellten Aufgaben gerecht zu werden, bemüht waren. Die Reichsbank hat bisher dem Reich ohne jedes Risiko einen immerhin sehr erheblichen Nutzen gebracht; während die Forderungen der landwirtschaftlichen Kreise nach Verstaatlichung der Bank erfüllt, so würde das Risiko des Reiches sehr groß, der Nutzen der Bank dagegen überhaupt in Frage gestellt werden. Eine solche Gefahr möchte ich auf die Schultern des Reiches nicht laden. Man würde der verstaatlichten Reichsbank auch immer den Vorwurf machen, daß sie eigene, fiskalische Geschäfte betriebe. Dieser Vorwurf ist jetzt um so mehr ausgeschlossen, als gerade bei Geschäften der Reichsbank mit dem Reich und den Eingekassierten der Zentralaustausch der Altkassen gegenüber eine Vollmacht hat und auf streitige Abrechnung der statutarischen Vorschriften sehen kann. Bei Annahme des Gesetzes des Grafen Stolberg-Wernigerode würde eine Konkurrenz zwischen der Reichsbank und unserer sehr potenten hauseigenen Bank entstehen, welche zu Unzuträgen der ersten anfallen könnte. Die von agrarischer Seite vielfach geforderten Kredite sind mit dem Wesen einer Reichsbank absolut unvereinbar; die Bank ist kein Kreditinstitut, sie kann nur solche Geschäfte machen, welche ihrem fundamentalen Zwecke entsprechen. Für die Landwirtschaft wäre es ein großes Unglück, wenn sie durch solchen Kredit noch mehr in den Geldverkehr und in die Spekulation hineingezogen werden sollte. Das Kreditgeschäft ist nur der sekundäre, die tertiäre Zweck der Reichsbank, ihr Hauptzweck ist die Regelung des Geldverkehrs und der Umlauf. Ich empfehle die Annahme der Vorlage, will mich aber der Verweisung derselben an eine Kommission nicht widersetzen. (Beifall.)

Abg. Gamp (Reichsp.) ist der Ansicht, daß die Hauptaufgabe der Reichsbank in der Unterhaltung von Handel und Gewerbe und der Gewährung von Kredit zu diesem Zwecke bestehe. Alle Gewerbe hätten gleichmäßigen Anspruch auf diesen Kredit, die Landwirtschaft aber sei bisher sehr zurückgesetzt worden. Wenn die Bankiers ihr Vertriebskapital an der Reichsbank beziehen dürfen, warum sollte dies den Landwirthen verweigert sein? Die Landwirtschaft bedürfte unbedingt vermehrten Kredit, eine größere Mobilisirung sei keine Gefahr für die Landwirtschaft, sondern vielmehr eine aus den Verhältnissen hervorgehende Nothwendigkeit. Die Forderungen der Landwirtschaft seien um so dringender, als in dem neuen Bankgesetz eine große Gefahr für den Grundbesitz liege und man sollte diese Forderungen gegen agrarische Forderungen populär sei. (Heiterkeit links.) Er meine auch nicht, daß die Reichsbank den anderen Banken Unfälle Konkurrenz machen solle, aber so viel Konkurrenz sollte sie ihnen doch machen, daß sie den kleinen Gewerbetreibenden, Handwerkern und Landwirten Kredit gewährt. Seien die Forderungen der Landwirtschaft denn so exorbitant? Man verlange nichts weiter, als daß die soliden Grundbesitzer der anderen Banken bei Gewährung von Kredit an die Grundbesitzer auch bei der Reichsbank Anwendung finden und daß die Bank die Aufgabe erfülle, den Kredit zu unterhalten und den Geldmarkt zu regeln, aber die Gewährung von Kredit solle nicht eine tertiäre, sondern eine primäre Aufgabe der Bank sein, die Vermittlung des Geldverkehrs dagegen erst in zweiter Linie liegen. Darüber sei doch kein Zweifel, daß man in Deutschland ein Zentralkreditinstitut gebrauche. Die Kommission werde zu prüfen haben, ob die Reichsbank ein Kreditinstitut sei oder nicht. Sei dies der Fall, so müßten Maßnahmen, wie er sie befürwortet, getroffen werden, es sei dies eine Forderung der Gerechtigkeit. Lagen die jetzigen Mittel nicht zu, so müßte das Anlagekapital vergrößert werden. Mittel und Wege dazu würden sich finden lassen. Köme die Reichsbank diese Aufgabe

nicht erfüllen, so würde man sich nach einer anderen Organisation umsehen müssen. Es scheint ihm durchaus angemessen, daß dem Zentralaustausch eine andere Zusammensetzung gegeben werden müsse. Die Verabfolgung der Dividende von 4½ auf 3½ Prozent dürfte wohl gerechtfertigt erscheinen. Er wünsche aber, daß die Reichsbank das werden möchte, was ihr Name ausdrückt — eine Reichsbank und nicht eine Bank der Reich.

Präsident der Reichsbank v. Dechant: Die Ausführungen des Vorredners nötigen mich zu einigen Erweiterungen. Was soll aus der Reichsbank werden, wenn sie Kredit gewährt soll gegen Sicherheiten, wie der Vorredner sie befürwortet. Mit solchen Wünschen sollte man doch den Reichstag versehen. Wenn der Abgeordnete fragt: ob die Reichsbank ein Kreditinstitut sei oder nicht?, so antworte ich: ja wohl, sie ist ein Kreditinstitut, aber ihre Aufgabe liegt auf einem anderen Gebiete, sie hat den Geldmarkt zu regeln. Kredit gewährt auf Wechsel ohne Sicherheit, also auf Reittwechsel (Heiterkeit), ist nicht ihre Aufgabe. Wenn zu Gunsten der Gültigkeit so weit gegangen wird, daß sein mit guten Unterstellungen versehenen Wechsel einmal prolongirt werden kann, so ist das gewiß sehr anerkennenswerth, es ist so weit gegangen, wie nur irgend möglich, aber noch weiter zu gehen liegt nicht im Interesse des Landes. Daß die Bank den großen Bankiers Vertriebskapital giebt, ist nicht wahr, im Gegentheil, der Zentralaustausch hat niemals gewünscht, daß seine Mitglieder besonders berücksichtigt werden, dazu sind sie viel zu klug und auch zu potent. Es sind dies Vorwürfe, die ich nicht stellen lassen kann. Die Bank verbanke ihre Wirksamkeit nur dem Umlaufe, daß sie Tausende aus drückender Lage befreit hat, hauptsächlich ihren Auf, und solche Dinge würde eine verstaatlichte Bank nicht unternehmen können. Das ist der große Unterschied zwischen der verstaatlichten Bank und der gegenwärtigen. Ich, der ich die Bank seit fast 40 Jahren leite, kann Ihnen nur dringend raten, von der Verstaatlichung abzugehen. Was für eine geringe Ersparnis wird die Verstaatlichung eintragen gegenüber dem großen Risiko, welches der Staat dabei zu übernehmen hat. Das Risiko kann ein sehr großes werden, nicht bloß im Kriege, sondern auch im Frieden. Die weiteren Einwendungen werden in der Kommission zu verhandeln sein. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Hammerger (fr.): Einen logischen Zusammenhang zwischen den Ausführungen des Abg. Gamp vermag ich nicht zu finden, weil sie sich durchaus widersprechen, und wenn der selbe so entzweit von der Leitung der Bank ist, so begreife ich um so weniger, wie er gegen die Prinzipien derselben antworten kann. Er hat sich seinen Schlußsätzen gemacht, daß aber durch seine Ausführungen den Boden vollständig unter seinen Füßen verloren. Als das Bankgesetz beraten wurde, war man davon überzeugt, daß dadurch ein großes Stück öffentlichen Wohls zur Geltung gebracht werden würde. Ein sogenannter Reichstag und eine entgegenkommende Regierung glaubten nach der eingehenden Beratung diese Lösung gefunden zu haben. Heute muß man nun fragen, was die Erfahrungen gelehrt haben und wo die bessere Idee nach anzulegen ist. Diese Frage kann aber nicht mit allgemeinen Andeutungen und Behauptungen beantwortet werden, welche sich schließlich gar nicht einmal gegen das Gesetz, sondern gegen die Ausführung desselben richten. Die Reichsbank ist nichts weiter, als die vervollkommnete preussische Bank und wo denn die einseitigen und gemeinschaftlichen Tendenzen, welche dieses Institut verfolgt? Nicht einmal einen Schein des Beweises hat er dafür gebracht. Die Bank verfügt nur nach allgemeinen Grundgesetzen. Herr Gamp verlangt nun, daß die Bank auch zweifelhafte Leuten Kredit geben und dafür einen hohen Diskont nehmen soll. Ja, wissen Sie denn, was das bei uns ist? Das ist einfach Wucher. Nur Derjenige, welcher der Bank ganz entfernt steht, kann solche Wünsche ansprechen, wie Herr von Gamp. Der Herr Bankpräsident und auch Herr Kollege Büling haben schon zur Genüge die hauptsächlichsten Angriffe gegen die Bank zurückgewiesen. Die veränderten Regierungen haben nun mit ihrer Vorlage vollkommen richtig gehandelt. Sie haben gesagt, es liegt kein hervorragender Grund vor, der uns veranlassen könnte, an der Organisation der Bank zu rütteln, aber eine Thatfache muß in Betracht gezogen werden: der Zinssatz hat sich verringert, das ist eine konkrete Thatfache, welcher die Vorlage Rechnung trägt. Daß in einem Kriegsfalle die Privatbank repressirt wird, das ist im französischen Kriege beim Einmarsch der Preußen in Paris bewiesen worden. Dasselbe wurde eine Bank mit Beschlagnahme belegt und als berichtet wurde, daß es eine Privat- und keine Staatsbank sei, kam die Anweisung, daß man die Hände davon lassen solle. Auch die Kommission von Paris hat die Privatbanken repressirt. Die Prinzipienfrage sollte man nicht in der Kommission, sondern im Plenum zur Entscheidung bringen, denn es geht nicht um die Reichsbank, sondern um die Verstaatlichung der Reichsbank, nicht um Vortheile, möglichst viele Verstaatlichungen den Kommissionen vorbehalten. Will man aber durchaus eine Kommission, dann halte ich eine solche von 21 Mitgliedern für vollkommen ausreichend. Bedenken Sie aber die große Wichtigkeit dieser Vorlage, die eng verbunden ist mit dem Wohl und Wehe des Landes. (Beifall.)

Abg. Freyher v. Franckenstein beantragte eine Kommission von 14 Mitgliedern. Abg. Singer (Sozialdemokrat) erklärt sich gegen die Vorlage aus prinzipiellen Gründen und ist deshalb gegen die Überweisung derselben an eine Kommission. Er und seine Freunde halten es für richtig, wenn das Reich die Bank in eigene Verwaltung nimmt, sie halten es für richtig, daß ein Institut, welches das Reich leitet, seinen Augen an Private vertheile. In Folge dessen wünsche er die Einbringung der Anteilseigner schon im Jahre 1891.

Abg. Hulsch (kons.) erklärt, daß er mit einem Theile seiner Parteigenossen auf dem Standpunkte der Vorlage stehe und den Ausführungen des Abg. Dr. Hammerger überall zustimme.

Abg. Dr. Böckel (Antisemit): Er sei ein Gegner der Vorlage, die er doppelt bedauerlich finde, weil wir wieder in einer Zeit des Grünungsstrebens leben. Bei den Wahlen würden diejenigen empfohlen, welche für die Vorlage stimmten. Daß es mit der Macht des Kapitals und der Börsenlieferung vorwärts gehe, das

beweisen die großen Paläste, welche die Börsenleute sich in Berlin bauen. Das Kapital ist international, es geht dahin, wo es etwas verdient und es ist ihm ganz gleich, ob das Ausland Kanonen dafür giebt. Die Börsenleute sind ja die Auserwählten, sie sind ja vom internationalen Volke der Juden. (Glocke des Präsidenten.) Mit solchen Gesetzen zieht man die Sozialdemokratie frei. Sonstbar sei es, daß man der Reichsbank, die doch eine Aktiengesellschaft sei, Steuerfreiheit gewähre; man könne das Privilegium der Bank nicht verlängern, wenn man dem Volke nicht ins Gesicht schlagen wolle, wenn man das Wort des Reichstages: Wir fürchten Gott und sonst Niemand, nicht dahin ändern wolle: „Wir fürchten Gott, Nichtgötter u. A.“ Wenn man die Zukunft der Werke ausliefer, dann gehöre die Zukunft der Sozialdemokratie.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Danach verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Anträge Ritters auf Abänderung der Militärstrafprozessordnung, Dr. Hermes, die Wahlprüfung betreffend, und Adernann Verfassungsmäßigkeits.

Deutschland.

Berlin, 8. November. Der Zusammenbruch der europäischen Unternehmungen in Zentralfrika, der Rückzug Stanley's und Emin's, die Eroberung der Aequatorialprovinz Wadai durch den Mahdi, die Ermordung des Dr. Peters, sind Ereignisse, welche sich ihrer vollen Tragweite nach zur Zeit noch kaum übersehen lassen. Wenn man einen Blick auf die Gesamtsituation des dunklen Erdtheils wirft und sich die europäische Zivilisation als die angreifende, die Barbarei der Neger und Araber als die sich verteidigende Partei vorstellt, so muß man sich gestehen, daß die verschiedentlich errungenen Erfolge jener ersten eigentlich nur dazu geizt haben, die kolossalen Schwierigkeiten der Eroberung Afrikas für Kultur und Zivilisation in das hellste Licht zu rücken. Wir sehen, wie von allen Seiten, von der Küste als natürliche Operationsbasis ausgehend, die Kolonialaktion der europäischen Mächte sich Bahn ins Innere zu brechen bestrebt ist, indeß sie schon nach Zurücklegung verhältnißmäßig kurzer Strecken auf Hindernisse stößt, welche durch das Zusammenwirken der ungebändigten tropischen Natur und Menschenskräfte gebildet und so in ihrem Effect gesteigert werden. Nur, wo große natürliche Wasserstraßen, Nil, Niger, Congo, Zambezi leichter zugänglich und militärisch zu beherrschenden Verbindungen darbieten, finden die europäischen Kulturkrieger leichtere Grenzen. Wo diese überschritten werden, tritt die elementare Wildheit des Landes und seiner Bewohner wieder in ihr altes Recht; Niederlagen wie die der Engländer unter Hicks Beid, bei El Obeid, der Engländer gegen die Zulus, der Italiener gegen die Abessinier, erfüllen sich in letzter Instanz immer aus der einen überall auftretenden Schwierigkeit der Aufrechterhaltung gesicherter rückwärtiger Verbindungen. Dasselbe führte schließlich auch zur Preisgabe der Aequatorialprovinz, nachdem Emin Pascha durch lange Jahre mit wunderbarer Energie und Ausdauer diesen letzten und am weitesten ins Innere vorgeschobenen Posten europäischer Autorität gegen den Fanatismus der mahdianischen Triumphe des Mohammedanismus und mit seiner den Europäern und dem Christenthum gleichmäßig feindlichen Tendenz im Herzen Afrikas vollständig, und die mit der kolonialen Erschließung des dunklen Welttheils sich befassenden Staaten werden gut thun, bei Zeiten ihre Aufmerksamkeit auf die voranschreitend unaussprechlichen Folgen zu richten, welche der Zusammenbruch der Expeditionen Stanley's und Peters nach sich ziehen dürfte. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das Ferment, welches von den ihr wichtigsten Lebensinteressen bedroht stehenden arabischen Sklavenzüchtern und Sklavenhändlern in die Bevölkerungen der binnenafrikanischen Staaten schon vor Jahr und Tag eingebracht wurde, von nun an doppelte und dreifache Fortschritte machen und das Tempo des Eroberungsstrebens der Religion des Propheten entsprechend beschleunigen wird. Wissen doch die, welche es angeht, sehr wohl, daß in den Zuständen der europäischen Kultur die Emanzipation der Neger vom Joch der Sklaverei, die Befreiung des arabischen Ausbeutungsmonopols der an Tropenerzeugnissen überreichen Gebiete des äquatorialen Binnen-Afrikas eingeschrieben, und daß sie keine Zeit verlieren dürfen, wenn sie dem in seinen Kistenpositionen sicher etablierten Europäerthum einen kompakten organisierten Widerstand im Innern entgegenzusetzen wollen. Der in Europa und Vorderasien längst ausgebrochene Entzweiungskampf zwischen der christlichen und der islamitischen Weltanschauung sieht in Afrika noch bevor.

Die Kaiserin Friedrich besuchte zu Athen am vorigen Freitag in Begleitung der Königinnen von Dänemark und von Griechenland und der Prinzessin von Wales das „Reichthum der armen Frauen“, ein unter der Leitung der angesehenen Damen Athens stehendes Fabrikationsinstitut. Die hohen Besucherinnen besichtigten, unter der Führung zweier Damen des Direktoriums, während zweier Stunden die umfangreichen Säle und Arbeitsräume, in denen die ersten Erzeugnisse der griechischen Webkunst hergestellt werden. Die Kaiserin Friedrich nahm ein besonderes Interesse an einer Art feiner, goldbrauner Gewebe, welche eine äußerst geschickte Arbeiterin wirkte; die Kaiserin fand diese Arbeit so vortheilhaft, daß sie sich fast eine Viertelstunde mit dem schlichten Mädchen, das ein gebrochenes Fräulein sprach, über die Art der Herstellung unterhielt und ihr beim Weggehen als Andenken ein Epitaphium schenkte, welches sie an jenem Tage selbst getragen hatte. Auch die übrigen fürstlichen Damen sprachen sich sehr begeistert über die Leistungen des Instituts aus und machten in dem Bazar derselben für mehrere tausend Franken Einkäufe.

Die Kaiserin Friedrich besuchte zu Athen am vorigen Freitag in Begleitung der Königinnen von Dänemark und von Griechenland und der Prinzessin von Wales das „Reichthum der armen Frauen“, ein unter der Leitung der angesehenen Damen Athens stehendes Fabrikationsinstitut. Die hohen Besucherinnen besichtigten, unter der Führung zweier Damen des Direktoriums, während zweier Stunden die umfangreichen Säle und Arbeitsräume, in denen die ersten Erzeugnisse der griechischen Webkunst hergestellt werden. Die Kaiserin Friedrich nahm ein besonderes Interesse an einer Art feiner, goldbrauner Gewebe, welche eine äußerst geschickte Arbeiterin wirkte; die Kaiserin fand diese Arbeit so vortheilhaft, daß sie sich fast eine Viertelstunde mit dem schlichten Mädchen, das ein gebrochenes Fräulein sprach, über die Art der Herstellung unterhielt und ihr beim Weggehen als Andenken ein Epitaphium schenkte, welches sie an jenem Tage selbst getragen hatte. Auch die übrigen fürstlichen Damen sprachen sich sehr begeistert über die Leistungen des Instituts aus und machten in dem Bazar derselben für mehrere tausend Franken Einkäufe.

Die Kaiserin Friedrich besuchte zu Athen am vorigen Freitag in Begleitung der Königinnen von Dänemark und von Griechenland und der Prinzessin von Wales das „Reichthum der armen Frauen“, ein unter der Leitung der angesehenen Damen Athens stehendes Fabrikationsinstitut. Die hohen Besucherinnen besichtigten, unter der Führung zweier Damen des Direktoriums, während zweier Stunden die umfangreichen Säle und Arbeitsräume, in denen die ersten Erzeugnisse der griechischen Webkunst hergestellt werden. Die Kaiserin Friedrich nahm ein besonderes Interesse an einer Art feiner, goldbrauner Gewebe, welche eine äußerst geschickte Arbeiterin wirkte; die Kaiserin fand diese Arbeit so vortheilhaft, daß sie sich fast eine Viertelstunde mit dem schlichten Mädchen, das ein gebrochenes Fräulein sprach, über die Art der Herstellung unterhielt und ihr beim Weggehen als Andenken ein Epitaphium schenkte, welches sie an jenem Tage selbst getragen hatte. Auch die übrigen fürstlichen Damen sprachen sich sehr begeistert über die Leistungen des Instituts aus und machten in dem Bazar derselben für mehrere tausend Franken Einkäufe.

daß man sich in Deutschland nicht in größerem Umfange dazu verstanden hätte, die Kavallerie schon im Frieden in größere Verbände zu schmelzen, wie unsere Nachbarn im Osten und Westen. Dies erleichtert den Uebergang. Die Kavallerie-Brigade, mit ganz wenigen Ausnahmen zu zwei Regimentern formirt, wird der höchste Verband im Frieden sein.

Die Umbildung fällt mit der Aufstellung der neuen Armeekorps zusammen, sie bedingt vielfache Verbands-Änderungen und Dislozationen, wenigstens die meisten Armeekorps der anzuftührenden Ordnung schon besitzen. Beim 15. Armeekorps trennt sich von der vier Regimentern starken 31. Kavallerie-Brigade die 33. ab, neu hinzu tritt die 34. mit dem Husaren-Regiment Nr. 13 in Saarbrücken und einem Regiment des 3. Armeekorps in Mülhausen. Die gleichfalls vier Regimentern zählende 30. Kavallerie-Brigade trennt die 35. ab, beide gehören zum 16. Armeekorps. Die 1. Kavallerie-Brigade bildet aus 2 von ihren 4 Regimentern die 36. neu. Bei der 2. Kavallerie-Brigade verbleibt von den bisherigen 3 Regimentern nur das Dragoner-Regiment Nr. 10, neu hinzu tritt das Husaren-Regiment Nr. 4, künftig in Gumbinnen. Die 1., neue 2. und 36. Brigade gehören zum 1. Armeekorps. Die beiden anderen Regimenter der 2. Brigade, Dragoner-Regiment Nr. 11 und Husaren-Regiment Nr. 1, bilden die 37. Brigade vom 17. Armeekorps, dazu tritt ferner die 38. Brigade mit dem Ulanen-Regiment Nr. 4 (Chor) und einem nach Brandenburg zu verlegenden Regiment des 4. Armeekorps (voraussichtlich Kürassier-Regiment Nr. 5). Ausleihungen sind noch nöthig beim 2., 3., 11. Armeekorps.

Die an der West- und Ost-Grenze einwirkenden Kavallerie-Inspektionen gestalten im Kriegsfalle die sofortige Aufstellung von Kavallerie-Divisionen wie bisher, neuen Grundgedanken in der künftigen Vertheilung der Kavallerie erwacht aber durch die jetzige Eintheilung keineswegs, das ist das Selbstverständliche.

In der am 7. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern, Dr. v. Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath dem Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen, betreffend Abänderung der Zoller- und Brantweinsteuer-Verordnungen, und der Brantweinsteuer-Verordnungen, die Zustimmung und erklärte sich mit der vom Reichstagespräsidenten beantragten weiteren Ausdehnung von Einsparungsmöglichkeiten einverstanden. Von der vorgelegten Altersliste über den Aufstand in Ostafrika nahm die Versammlung Kenntnis. Die Vorlage, betreffend die Erhaltung von Gütern seitens der Landes-Verwaltungsbehörden in militärischen Angelegenheiten und die hierfür aus Reichsfonds zu entrichtende Vergütung, wurde den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für das Landwehr- und die Festungen zur Verberathung überwiesen. Die in der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landes-Verwaltung von Elsaß-Lothringen für 1887-88 nachgewiesenen und der gegründeten Etatsbedürfnissen wurden vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnungen sich etwa noch ergebenden Erinnerungen genehmigt. Bezüglich der allgemeinen Rechnung über den Bundeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1884-85 ertheilte der Bundesrath die Entlastung. Endlich wurde noch über die Vermessung des Küstengebietes für mehrere Reichsbeamte Bescheid gefaßt.

Die Handels- und Gewerbekammer zu München hat beim Reichstage eine Petition um Abänderung der Konkursordnung eingebracht. Darin wünscht sie, daß in der Konkursordnung die Uebernahme als Grund zur Konkursöffnung aufgenommen und der Schuldner gezwungen werde, seine Uebernahme dem Gerichte oder den Gläubigern zu erklären und daß bei jedem Konkurs die Akten und Bücher gerichtlich zu prüfen, auch ein Gläubigeranspruch zu stellen sei.

Nach einem in „Diario Oficial“ veröffentlichten amtlichen Gesetze, welches am 30. Dezember d. J. in Kraft tritt, sind fortan bei der Einfuhr nach Chile zollfrei:

- 1) Maschinen und Geräthchaften für den Gebrauch der Landwirtschaft, des Bergbaues, des Kunstgewerbes, des Handwerks und der Industrie;
- 2) Rohre und Röhren aus Kompositionsmetall, ferner aus Kupfer, Bronze und galvanisirtem oder nicht galvanisirtem Eisen, sowie die Kniestücke, Verbindungen, T-Eisen und anderes zu diesen Artikeln gehöriges Zubehör;
- 3) Eisen und Stahlblech, galvanisirt oder nicht galvanisirt bis einschließlich Nr. 14, sowie Draht aus Kupfer oder Kompositionsmetall, isolirt für die Leitung des elektrischen Stroms;
- 4) Telephon- und Telegraphen-Instrumente, Melatoren, Posten aus Eisen oder Stahl und das übrige besondere Zubehör für Telegraphen und Telephon;
- 5) Material aus Eisen oder Stahl für die festen Schienenwege mit Dampf- oder anderen Betrieb, sowie für die beweglichen Eisenbahnen;
- 6) Räder, Achsen, Radachsen aus Stahl oder Eisen für Eisenbahnen, sowie für Wagen zu beweglichen Eisenbahnen;
- 7) Eisen und Platten.

Mit Rücksicht auf das vorliegende Arbeitsmaterial des Reichstages hält man es in Abzusehen, vielleicht schon nächste Woche, eine Unterbrechung in den Plenarsitzungen einzutreten. Diese Pause würde auch den Kommissionen, insbesondere der Budgetkommission und denjenigen für das Sozialistengesetz die rascheste Förderung ihrer Beratungen gestatten. Wenn die Kommissionen in die Lage versetzt werden sich eine Zeit lang, unbehindert durch Plenarsitzungen, lediglich ihren Aufgaben zu widmen, so hofft man, daß es möglich sein wird, die Kommissionsberatungen noch im Laufe dieses Monats abzuschließen. Es scheint hiernach doch nicht so ganz ausgeschlossen, daß die Session noch vor Weihnachten zum Abschluß gebracht werden könnte.

Das „B. T.“ schreibt: Wir hatten im gestrigen Abendblatt gemeldet, daß die Affaire Bourdon, betreffend die Glühbirnen, denen der Sekretär des Fürsten Ferdinand in Serbien ausgesetzt war, eine sehr schmerzliche Preßgeschichte hervorgeufen hat, die geeignet ist, das an sich schon gespannte Verhältniß zwischen Serbien und Bulgarien noch mehr zu verschlechtern. Diese heikle Angelegenheit ist noch nicht entschieden, und schon weiß der Telegraph von einem neuen Zwischenfall zu melden, der in Belgrad die Gemüther in hohem Grade erregt. Ein Privattelegramm des „B. T.“ meldet aus Belgrad: „Ein bulgarischer Gendarm erschoss einen serbischen Grenzbewohner. Die serbischen Behörden fordern eine genaue Untersuchung des Vorfalles und zwar unter Zuziehung von serbischen Beamten, was die Bulgaren verweigerten. Daraufhin beauftragte die Belgrader Regierung ihren Agenten in Sofia, eine rasche und ausgiebige Satisfaktion zu fordern. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit, welche in Belgrad eine große Erregung hervorruft, muß abgewartet werden. Eine bulgarische Darstellung des peinlichen Vorfalles fehlt noch. — Außerdem herrscht in der Belgrader Bevölkerung einige Erregung wegen der baldigen Rückkehr König Milans, über die wir bereits gestern berichtet haben. — Ferner bejagt die Belgrader Regierung wegen der Ausweisung zweier englischer Berichterstatter Reklamationen seitens des britischen Kabinetts. Seit gestern hat in Belgrad wiederholt ein Ministerialrat stattgefunden; Gerüchte behaupten, daß eine partielle Kabinettsreform bevorstehe.“ Diese Pläne sind durchaus dazu angethan, die Lage auf dem Balkan zu verschärfen, und die europäische Welt wird mit Aufmerksamkeit jene Vorgänge verfolgen müssen, die augenblicklich sich in Serbien und Bulgarien vorbereiten.

Die beim Reichstage eingegangene Petition auf Streichung der Bestimmung im § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs, wonach mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft wird, wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebäude beschimpft, ist von 30,569 Unterschriften begleitet.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin passirten, wie dem „B. T.“ gemeldet wird, gestern Mittag die Dardanellen, nachdem die Abmeldung des türkischen Ehrenbesuches entgegen und segten mit dem Geschwader die Reise in bestem Wohlsein nach Korfu fort, woselbst die Ankunft Morgen zu erwarten sein dürfte.

Frankreich.

Paris, 5. November. Herr v. Haußmann veröffentlicht heute einen Brief, in welchem er verschiedene ihm vom „Matin“ zugesandte Anmerkungen richtig stellt, so namentlich diejenige, die auf seine Unterredung mit dem Kaiser Wilhelm von Preußen Bezug hat. Der Kaiser habe ihm nur sehr kurz, unter Auszeichnung auf den deutschen Ursprung seiner Familie, von dem Rechte gesprochen, das er (Haußmann) auf die deutsche Nationalität geltend machen könne. Ein förmliches Angebot, die deutsche Nationalität anzunehmen, wäre, wie Haußmann ganz richtig sagt, auch ganz unverständlich gewesen und er habe das Entgegnung auch nur als solches aufgefaßt. — Wie dem „Gaulois“ berichtet wird, soll Prinz Ludwig Napoleon, der vor kurzem aus der italienischen Armee ausgetreten ist, in der russischen Kantajusarmee als Major angestellt werden, da sein Vater, Prinz Jerome Napoleon, nicht gewünscht habe, daß er als Garçon eine Residenzstadt erhalte. — Die boulangistischen Blätter bringen in gleichlautender Fassung eine Note, welche die Behauptung des „Figaro“ widerlegen soll, daß Boulanger schon einmal vor seiner Heirat nach Brüssel entflohen, auf Verlangen seiner Freunde aber, ehe die Heirat bekannt wurde, zurückgekehrt sei. Der gewundene Ton der Erklärung macht den Eindruck einer fälschlichen Bestätigung.

Paris, 6. November. Heute Mittag fand in der Madeleine ein Trauergottesdienst für König Ludwig von Portugal statt. Die Minister Spuller und Thevenet, das ganze diplomatische Korps, viele hohe Beamte und die portugiesische Kolonie, insgesammt 1500 Personen, waren zugegen. Der Präsident Carnot vertrat Oberst Visconti. Der Kardinal Erzbischof von Paris leitete die Feier. Vor der Kirche gaben Kürassiere zu Pferde den Ehrenbesuch.

In Escapelle kam es gestern zu Streitigkeiten zwischen ausländischen und weiter arbeitenden Bergleuten, wobei einer der letzteren schwer verwundet wurde. Die Truppen mußten einschreiten und die Ordnung wieder herstellen. Zahlreiche Patrouillen durchstreifen die Gegend.

Paris, 7. November. Sensation erregt die Gründung eines baltischen Gewerkschafts ohne Pulver durch den bekannten Physiker Paul Giffard. Das Gewehr besitzt eine Magazinpatrone mit 300 Schüssen.

Rumänien.

Bukarest, 7. November. Catargi hat gestern vom Könige ein Dekret beauftragt, Aufhebung der Deputirtenkammer erbeten. Der König hat seine Entscheidung für die nächsten Tage in Aussicht gestellt.

Ueber die Höhe und das Alter der Bäume

machte in der letzten Sektionsitzung der Frankfurter Gartenbau-Gesellschaft Herr Kühl jun. auf Grund von Zusammenstellungen des Professors von Rener einige interessante Mittheilungen. Zunächst seien die Angaben aus älterer Zeit über das Alter von Bäumen meistens zu hoch gegriffen. Wenn in den Schilderungen der Urwälder von tausendjährigen Bäumen die Rede sei, so beruhe diese Angabe wohl nur auf Vermuthungen und in seltenen Fällen auf wirklichen Messungen. Der berühmte Araber, Adansonia digitata, wurde von Adanson auf Grund der Dicke des jährlichen Zuwachses auf 5000 Jahre berechnet; ob aber dabei nicht ein Rechenfehler unterlaufen ist, mag dahingestellt bleiben. Der berühmte Drachbaum von Douda wurde sogar auf 6000, die Platanen von Vaucluse auf 4000, die mexikanische Eucalyptus, Taxodium mexicanum, auf 4000 Jahre geschätzt. Mit ziemlichlicher Sicherheit wurde hingegen als äußerster Altersgrenze berechnet für die Cypressen, Cupressus fastigiata, 3000 Jahre, Eibe, Taxus baccata, 3000 „ Kastanie, Castanea vulgaris, 2000 „ Eiche, Quercus pedunculata, 2000 „ Banaanener, Cedrus libani, 2000 „

Souvenir	2,50	3	Engl. Bannnoten	20,50	b
26 Francs per Stück	10,16	b	Engl. Banknoten	80,75	b
Dollars	4,1825	6	Schweiz. Banknoten	174,55	b
			Engl. Noten	213,19	b

